

KURZ UND PRÄGNANT

Intoleranz gegen Feinde der Demokratie

Zu der vor dem Thüringer Verfassungsgericht angestregten Klage der NPD gegen Ministerpräsident Bodo Ramelow erklärte Katharina König, Sprecherin der Fraktion DIE LINKE für Antifaschismus, in einer Pressemitteilung am 24. Juni:

„Bodo Ramelow hat Recht. Wer einem Antrag der NPD zustimmt, macht die Nazi-Partei NPD hoffähig. Demokratie muss klare Grenzen ziehen. Carlo Schmid, einer der Väter des deutschen Grundgesetzes und Sozialdemokrat, stellte richtig fest, dass es zur Verteidigung der Demokratie nötig ist, den Mut zur Intoleranz denen gegenüber aufzubringen, die die Demokratie gebrauchen wollen, um sie umzubringen.“

Die NPD hat ihre Klage begründet mit öffentlichen Aufforderungen Bodo Ramelows an die kommunalen Mandatsträger, keine Anträge der NPD zu unterstützen. ■

Gute Arbeit statt längerer Arbeitszeit

„Eine Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist destruktiv“, betonte Ina Leukefeld, Sprecherin für Arbeitspolitik der Landtagsfraktion DIE LINKE, und bezog sich auf die aktuelle Forderung von Mario Voigt, wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, nach einem „flexiblen Renteneintritt“. Die Abgeordnete hält Voigts Vorstoß für gefährlich. „Die Konsequenz wäre, dass diejenigen, die spät damit beginnen, ins Berufsleben zu starten, über das 67. Lebensjahr hinaus arbeiten müssen. Es ist unredlich und Heuchelei, dass nur diejenigen, die 45 Jahre gearbeitet haben, auch in Rente gehen dürfen. Die Antwort auf die demografische Entwicklung ist nicht eine längere Arbeitszeit zu schlechten Bedingungen, wie Teilzeit, Aufstocken oder in Minijobs, sondern gute Arbeit mit tarifgerechter Entlohnung und entsprechenden Beiträgen in die sozialen Sicherungssysteme mit dem Ergebnis einer guten Rente.“

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer würden schneller entlassen, seien im Durchschnitt länger arbeitslos als jüngere Kollegen und hätten deutlich mehr gesundheitliche Probleme, erläutert Leukefeld. „DIE LINKE fordert Veränderungen im Rentensystem durch die schrittweise Einführung einer Erwerbstätigenversicherung, also die Einbeziehung aller Erwerbstätigen in eine solidarische Rentenversicherung sowie strategisch die Arbeitszeitverkürzung statt Verlängerung von Lebensarbeitszeit“, sagte die Abgeordnete der Linksfraktion. ■

„Danke für das Hissen der Regenbogenfahne“

Karola Stange in der Aktuellen Stunde der Linksfraktion „Ehe für alle auch in Thüringen“

Das Thema der Aktuellen der Linksfraktion in der Landtagssitzung am 17. Juni lautete „Ehe für alle auch in Thüringen“. Dazu ergriff in der Debatte die gleichstellungspolitische Sprecherin der Fraktion, Karola Stange, das Wort.

Zunächst dankte sie der Landesregierung und insbesondere Ministerpräsidenten Bodo Ramelow für das konsequente Umsetzen des Koalitionsvertrags. „Danke für das Hissen der Regenbogenfahne vor der Staatskanzlei und der Thüringer Vertretung in Berlin. Und nochmals danke für die klaren Worte im Bundesrat – es ist ein Zeichen von Akzeptanz, ja ein tolles Signal. Es ist höchste Zeit, dass die Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren in Deutschland beendet wird“, so Bodo Ramelow im Bundesrat. Ja, so klare Worte hat es in den letzten 25 Jahren weder von einer Ministerpräsidentin noch von einem Ministerpräsidenten aus Thüringen gegeben.“

Karola Stange verwies darauf, dass das Bundesverfassungsgericht bereits fünf Urteile gefällt hat, „in denen deutlich gemacht wurde, dass die Ehe als sogenanntes zivilrechtliches Institut

für Lesben und Schwule geöffnet werden könnte. Bereits im Sommer 2002 wurde das erste Grundsatzurteil gefällt, doch leider wurde bis heute keine Öffnung der Ehe vorgenommen. Der konservative Teil des Gesetzgebers hat sich geweigert, gesellschaftspolitische und rechtspolitische Gestaltungsmöglichkeiten zu nutzen. Die CDU in Thüringen gehörte in den letzten 25 Jahren zur Speerspitze der konservativen Verhinderer.“

Allerdings komme nun wieder Bewegung in die Diskussion. Die Abgeordnete wörtlich: „Von Irland lernen heißt, die Ehe für alle zu öffnen. Über 62 Prozent der Iren haben bei einer Volksabstimmung Ja zur gleichgeschlechtlichen Ehe gesagt, ausgerechnet im erzkonservativen Irland. Das ist ein wunderbares Ereignis, ein Riesenerfolg für die Lesben- und Schwulenbewegung, zu dem wir auch von dieser Stelle recht herzlich gratulieren. Ich weiß, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU und der AfD, dass es für Sie ein sehr unangenehmes Thema ist. Sie sind in den letzten Wochen mit viel Hohn und Spott für Ihre fadenscheinigen Argumente bedacht worden. Aber sie haben die Möglichkeit, Ihr verstaubtes

Weltbild zu richten und noch besser fände ich, wenn Sie sich von den Äußerungen von Frau Kramp-Karrenbauer distanzieren würden, die sinngemäß sagte: Wenn die Homo-Ehe kommt, kommen auch Inzest und Polygamie. Ich finde, das ist eine handfeste Beleidigung von Lesben und Schwulen, die völlig inakzeptabel ist. Ich fordere weniger Verbohrtheit und weniger Dogmatismus. Das würde auch der Union gut tun. Denn hinterweltliche Politikansätze, damit lockt man niemanden mehr hinter dem Ofen vor.“

Umfragen belegten, dass es vor allem bei jungen Menschen eine ganz zentrale Frage ist, wie Gerechtigkeit in dieser Gesellschaft gelebt wird. „Sie wollen keine Diskriminierung, sie möchten Respekt für alle Lebensweisen und möchten auch, dass Politik diesen Respekt bekundet. Also tun wir das.“

Karola Stange zeigte sich fest überzeugt davon: „Auch in Deutschland würde ein Referendum mit hoher Mehrheit angenommen. Umfragen sagen auch, dass sogar 65 Prozent der Deutschen für die Öffnung der Ehe sind, davon 58 Prozent der CDU-Mitglieder. Also gehen Sie in sich!“ ■

Vielseitiges LINKES Angebot beim Tag der offenen Tür

Mit vielfältigen Informations- und Diskussionsangeboten sowie einem kleinen kulinarisch-kulturellen Rahmenprogramm präsentierte sich die Fraktion DIE LINKE mit ihren Abgeordneten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern am Tag der offenen Tür des

haushalts 2015, dass sie keinen Zweifel an der Beschlussfassung durch die Regierungsmehrheit im Landtag habe.

Bis zum späten Nachmittag fanden weitere Diskussionsrunden mit Abgeordneten aller Fraktionen statt, auf Vorschlag der LINKEN zum Thema „Ar-

auch mit ihren T-Shirts deutliche Signale. Das Angebot der Fraktion wurde abgerundet mit dem Kinderspaß vom Verein „Ottokar“ und sowie einem Schnellzeichner, von dem man sich gern pointiert porträtieren ließ.

Fotos: Peter Lahn



Landtags am 13. Juni den zahlreichen Gästen aus nah und fern. Das begann schon am großen roten Stand der Fraktion gegenüber den Haupteingang des Landtags und setzte sich fort mit dem „Kaffee-Klatsch“ im Fraktionssitzungsraum „Käte-Duncker-Saal“ im Funktionsgebäude. Auf der Bühne im Beethovenpark stand die Fraktionschefin Susanne Hennig-Wellsow im Talk mit den Fraktionsvorsitzenden Rede und Antwort und betonte u.a. mit Blick auf die abschließende Beratung des Landes-

beitsplätze schaffen – Öffentliche Beschäftigung fördern“ mit der Arbeitspolitikerin der Fraktion Ina Leukefeld. In der von der AfD-Fraktion beantragten Diskussion zu „Asyl und Zuwanderung“ setzten die Vertreterinnen der Koalitionsfraktionen (im Foto v.l.) Sabine Berninger (LINKE), Madeleine Henfling (B90/Grüne) und Diana Lehman (SPD)

